

Jan Schlemermeyer

Die historische Dynamik des Kapitalismus und linke Strategien

Zu Alex Demirović Anmerkungen über den Gebrauchswert einer Kritik der Politik

In der vorletzten Ausgabe der PROKLA hatte ich Alex Demirović' Überlegungen als ein Beispiel für die (innerhalb der materialistischen Staatstheorie) hegemoniale, handlungstheoretische Vereinseitigung der kapitalismustheoretischen Problematik von Struktur und Handlung kritisiert. Dagegen habe ich versucht zu zeigen, dass die Überlegungen von Johannes Agnoli in der Kombination mit Ansätzen aus der Neuen Marx-Lektüre – wie Moïse Postones Marx-Interpretation – eine Möglichkeit bieten können, um die Geschichte des Kapitalismus als eine widersprüchliche, aber systemische Form gesellschaftlicher Unfreiheit zu begreifen, die sich nicht hinreichend mit den Kämpfen um soziale Kräfteverhältnisse erklären lässt (Schlemermeyer 2010). Alex Demirović kann meinem Vorschlag in seinem Artikel „Kritische Staatstheorie in emanzipatorischer Absicht“ in dieser Ausgabe der PROKLA nun erwartungsgemäß, aber mit einigen interessanten Argumenten, nicht viel abgewinnen (Demirović 2011). Darüber hinaus arbeitet er in seiner Argumentation jedoch teilweise mit problematischen Unterstellungen sowie doch etwas überraschenden Interpretationen. So läuft er Gefahr eher „nach der beliebten Popanz-Methode“ (Agnoli 2004: 11) vorzugehen und die lange eingeübte Sprachlosigkeit innerhalb der materialistischen Debatte zu zementieren, anstatt sie aufzubrechen. Demirović' Erwiderung bietet nichtsdestotrotz die Chance, die Streitpunkte zu präzisieren, um somit die Diskussion ein Stück weiter zu treiben – nicht zuletzt in der Hoffnung auf eine breitere Resonanz. Im Folgenden will ich daher versuchen, den Rechthaberteil so kurz wie möglich zu halten, um dann in einem zweiten und dritten Schritt noch einmal knapp die Probleme von Politik und Geschichte im Kapitalismus zu streifen.

Jenseits der Pappkameraden

Dass einige von Demirović' inhaltlichen Einwänden mit Unterstellungen und Interpretationen, die sich nicht auf den Sinnzusammenhang der Argumente beziehen, flankiert werden, führt an wenigstens drei Stellen zu Verwirrungen, die nicht sein müssten.

Zum einen behauptet Demirović zunächst, ich würde für Realpolitik plädieren, um mir nur eine Seite weiter vorzuwerfen, ich würde grundsätzlich bestreiten, dass „es sinnvoll sein kann, um (...) rechtliche Regulation von der Seite der Linken her zu kämpfen“. Am Ende seines Artikels bescheinigt er mir dann wohlwollend, ich wäre immerhin offen für radikalreformerische Politik. Dialektik? Oder eher die Methode Viel-hilft-Viel? Wie auch immer, mir scheint meine, weitgehend von Agnoli geborgte, Politikkonzeption nicht so verwirrend zu sein. Ein kurzer Erklärungsversuch: Die Aushandlung gesellschaftlicher Allgemeinheit findet im Staat, als dem institutionellen Garant der kapitalistischen Reproduktion dieser Gesellschaft, unter spezifischen Widersprüchen und Zwängen statt. Diese Zwänge begrenzen bzw. filtern die (bloß theoretisch endlose) Kontingenz des politischen Prozesses und gehen nicht in sozialen Kräfteverhältnissen auf. Denn eben diese können sich im Kapitalismus mittelfristig nur *realisieren*, wenn den widersprüchlichen Zwängen und Dynamiken seiner Reproduktion (salopp und mit dem jungen Offe: „Akkumulation“ und „Legitimation“ [Offe 2006], mit dem älteren Agnoli: „Gesamtkapitalist“ und „Gesellschaftsplaner“ [Agnoli 1995]) *entsprochen* wird. Bis hierhin ist der Ansatz sicherlich vereinbar mit Joachim Hirschs Überlegungen zur politischen Form (Hirsch 2005). Nun stellt sich aber die Frage, wie Veränderung im kapitalistischen Rahmen zu Stande kommt. Hier nimmt Hirsch nach meiner Interpretation dann doch den Abzweig in Richtung Handlungstheorie (und Demirović) und führt soziale Kämpfe als finale Erklärung ein. Ich behaupte dagegen – und Agnoli legt das ebenfalls nahe (Agnoli 2003) –, dass der kapitalistische Reproduktionsprozess *mehr als die Summe seiner Teile ist* und sich nicht nur als statische Hürde für bestimmte antikapitalistische Handlungen, sondern vielmehr als eine soziale Tendenz, eine Form historischer Notwendigkeit zur gesellschaftlichen Rationalisierung, gegenüber allen Akteuren geltend macht (Nyikos 2010: 501; vgl. auch Siegel 1999). Diese historische Dynamik findet auf dem Feld des Staates aufgrund der hier *institutionalisierten Handlungsrationalität* in der Regel ein offenes Ohr. Was heißt das nun für die Frage nach der politischen Praxis? „Nichthandeln“ gibt es nicht und es ist zynisch oder unsinnig, nicht zu erkämpfen, was an materiellen und rechtlichen Verbesserungen für die Subalternen eben geht. Denn in den Ungleichzeitigkeiten und Möglichkeitskorridoren des sich in Widersprüchen vollziehenden, kapitalistischen Reproduktionsprozesses findet ja nicht nur „der Reformismus“, sondern auch das Leben statt – und das ist bekanntlich kurz¹. Die Linke sollte

1 Das scheint übrigens überhaupt ein nicht zu unterschätzendes, sozialpsychologisches – und zugleich revolutionstheoretisches – Problem der *bürgerlichen Rationalität* zu sein, das Demirović zu Recht als „Scheitern von Aufklärung“ fasst und das schon Lenin beim Problem des ‚tradeunionistischen Bewusstseins‘ gestreift hat. Mit dem Kapitalismus ist es in diesem Sinne wie mit dem Rauchen: Man könnte wissen, dass es wahrscheinlich zu einem langsamen, schmerzhaften Tod führt, das reicht aber in der Regel nicht als Handlungsmotivation um es „jetzt“ aufzugeben.

aber aufhören, den Eindruck zu erwecken, innerhalb des Kapitalismus ließen sich mit staatlichen Mitteln Verbesserungen erzwingen, ohne dass diese *zugleich*, auf die eine oder andere Art und Weise, mit seiner Rationalisierungs- und Transformationsdynamik Schritt halten *müssen*. Um dieser zutiefst undemokratischen Zwangsdynamik zu entkommen, reicht es folglich nicht einmal, den kapitalistischen Reproduktionsprozess in sozialen Kämpfen gegen die Logik des Staates radikalreformerisch zu überfordern. Vielmehr braucht es dann parallel dazu die *Institutionalisierung einer alternativen Logik gesellschaftlicher Reproduktion*, da sonst die Krise des Kapitalismus diesen mit ziemlicher Sicherheit entweder wieder ins Recht setzt oder zum Zusammenbruch gesellschaftlicher Vermittlung überhaupt führt (Agnoli 1998: 203). Insofern geht es nicht darum, die Diskussionen der Vergangenheit (wie den identitär aufgeladenen Gegensatz zwischen abstrakter, radikaler Kritik und vernünftigem Pragmatismus, den Demirović nahelegt) aufzuwärmen, sondern darum, die Möglichkeiten einer emanzipatorischen Praxis realistisch einschätzen zu können.

Zum anderen vertritt Demirović eine Agnoli-Interpretation, die mir am roten Faden dessen staatskritischer Bemühungen vorbeizugehen scheint. Dass Demirović die entsprechenden Stellen entgangen sind, könnte nicht zuletzt darin begründet sein, dass es kaum reicht, sich – wie er es zumindest in seinem Artikel tut – bei einem Autor wie Agnoli, von und zu dem es inzwischen eine ganze Reihe von Publikationen gibt (u.a. Agnoli 1995, 1997, 1998, 1999, 2003, 2004; Burgmer 2002), nur auf eine Veröffentlichung zu beziehen. Nun sind Interpretationen zwar immer Eigenleistungen, die von der gesellschaftstheoretischen Perspektive der jeweiligen AutorIn mitbestimmt werden und ob Agnoli mit meiner Lesart einverstanden wäre, weiß ich auch nicht. Zudem geht es bei materialistischer Theoriebildung glücklicherweise weniger um die Auslegung von (Agnoli-)Texten als um eine treffende Analyse der kapitalistischen Gesellschaft. Es erschwert aber doch die Verständigung, wenn divergierende Konzepte und Interpretation nicht zur Kenntnis genommen oder einfach zu Pappkameraden degradiert werden. Daher hier in aller Kürze eine Gegenrede zu einigen der Thesen von Demirović über Agnolis Staatskritik: Demirović meint, Agnolis Konzept würde den Aufbau alternativer Institutionen ausschließen. Wenngleich Agnoli die außerparlamentarische Opposition von 1968 ff. durchaus als außer- bzw. antiinstitutionelle Bewegung verstanden wissen wollte, bezieht sich das in seinen Texten stets auf die bestehenden staatlichen Institutionen, wie z.B. Parlamente und Parteien, explizit nicht auf Institutionen „an sich“ (Agnoli 1998: 244). Vielmehr plädiert Agnoli sogar für eine *strategische Differenzierung* zwischen den bestehenden Institutionen; einen Aufruf aus den 1960er Jahren, die AStA-Wahlen unter Verweis auf seine Parlamentarismuskritik zu boykottieren, bezeichnete er etwa als „Unsinn“ (ebd.: 245). Desweiteren behauptet Demirović, Agnolis Theorie wäre inkonsistent, da sie ständig zwischen der Diagnose, dass der Staat nur ein manipulativer Dienstleister für das

Kapital sei und jener, dass er dafür eine Form von Autonomie benötige, schwanken würde. Ich begreife Agnolis Analyse dagegen eher als die reflektierte Diagnose eines strukturellen Dilemmas, das in den Widersprüchen der kapitalistischen Reproduktion von Gesellschaft selbst begründet liegt und im Rahmen der politischen Apparate verhandelt werden muss. Schließlich steht das „rationale Programm des Kapitals“, das zwar als *gesellschaftliche Vermittlungskategorie* aber eben nicht real existiert, nie im Vorhinein fest. Klar ist nur, dass staatliche Politik, wozu die rechtliche Beschränkung bestimmter Formen der Konkurrenz ebenso gehört wie Sozial- und sonstige Biopolitik, mittelfristig – und wie es so schön heißt: bei Strafe des eigenen Untergangs – auf einen gelingenden Akkumulationsprozess hinaus laufen muss.² Ebenso erscheint mir Demirović‘ Feststellung, Agnolis Ansatz stehe im Gegensatz zu Claus Offes früheren, eher (wenn es das gibt) materialistisch-systemtheoretischen Überlegungen zum Eigeninteresse des kapitalistischen Staates, ein wenig voreilig, finden sich doch seitenlange, gegenseitige Bezüge (Offe 2006: 30-49). Das stellt auch deshalb keinen theoretischen Widerspruch dar, da ihre kollektiv geteilte Frage war, *wie* die „Garantie der Reproduktion“ (Agnoli 2004: 172) als *theoretisch notwendige Funktion* in eine *institutionelle Materialität* übersetzt werden kann. Dazu erhebt Demirović zwar den Vorwurf, dass Agnoli wenig dazu sagen würde, *wie* der staatliche Gesamtwille gebildet wird und dabei der Begriff der strategischen Selektivität ohnehin nicht helfe könne, da er die Gesichtspunkte der Selektivität voraussetze anstatt sie zu erklären. Mit dem Konzept der *institutionellen Strategie*, welches zugegebenermaßen in der Agnoli-Rezeption bisher keine große Aufmerksamkeit gefunden hat, scheint mir dies allerdings sehr wohl möglich. Gewinnt es doch die Kriterien der Selektivität gerade aus einer gesellschaftstheoretischen Analyse der, durch deren eigene widersprüchliche Struktur bedingten, Reproduktionsprobleme der kapitalistischen Akkumulation und untersucht dann, *wie* diese mit dem Eigeninteressen staatlicher Institutionen und dem Gesamtinteresse des Staates verbunden sind (Agnoli 2004: 169ff.). Die Selektivität staatlicher Institutionen hängt demnach nicht nur von der Konfliktbereitschaft sozialer Akteure, sondern auch wesentlich von deren *Konfliktfähigkeit* ab, die sich aus ihrer Stellung im Akkumulationsprozess ergibt (Offe 2006: 34). Insofern lässt sich zum Beispiel erklären, warum es Kurzarbeitergeld für FacharbeiterInnen gibt und gleichzeitig das Elterngeld für Hartz IV-EmpfängerInnen abgeschafft wird. Und zu guter Letzt: Agnolis Kritik ernsthaft eine Verantwortung für die Entwicklung der Grünen zur Regierungs- und Kriegspartei zuschieben zu wollen, ist dann doch zu viel der Ehre und eine großzügige Überschätzung ihrer historischen Bedeutung. Wenngleich ein abstrakter Antietatismus in Teilen der

2 Den Vorwurf der Manipulationstheorie, für den es in Agnolis Texten tatsächlich ein paar Anknüpfungspunkte gibt, hat dieser übrigens immer weit von sich gewiesen (Agnoli 2004: 11).

(stets marginalen) autonomen Linken ein Problem sein mag, haben sich viele Linksradikale, wie z. B. Thomas Ebermann und Jutta Ditfurth, von Agnoli jedenfalls nicht davon abhalten lassen, es mit großem Engagement bei den Grünen zu versuchen. Zudem hat Agnoli genau genommen gar keine Handlungsanweisungen herausgegeben, sondern bloß, mit einer gewissen Ironie, Probleme benannt und an mögliche Kriterien eines erfolgreichen, linken Engagements im Staat erinnert.³

Zum Dritten ist Demirović' Artikel mit einigen, teilweise psychologisierenden Spekulationen garniert, die vielleicht rhetorisch Sinn ergeben, zur Klärung der Sache aber nichts beitragen können. So ist beispielsweise seine süffisante Andeutung, der Versuch, die strukturellen Dynamiken in der historischen Entwicklung des Kapitalismus zu identifizieren, sei Ausdruck eines ontologischen Bedürfnisses nach Ordnung, genauso wenig weiterführend, wie die sich anbietende, spiegelbildliche Replik. Diese bestünde z. B. in der sicherlich ebenso haltlosen Unterstellung, dass die handlungstheoretische Vereinseitigung der Struktur- und Handlungsproblematik von der narzisstischen Kränkung motiviert sei, die eine Relativierung politischer Kontingenz durch die Neue Marx-Lektüre für einen bestimmten Typus linker TheoretikerInnen eventuell bedeutet. Da es auf dieser Ebene der Diskussion nicht viel zu gewinnen gibt, schlage ich vor, in Zukunft insgesamt etwas näher an der Sache zu bleiben – das spart Zeit und Platz.

Kapitalistische Reproduktion durch politische Regulation

Denn neben den genannten Problemen finden sich in Demirović' Artikel einige Punkte, die die Diskussion weiterbringen können. Was eine materialistische Analyse der Politik angeht, scheint mir der wichtigste Einwand der zu sein, dass auch eine politikkritische Perspektive unter Umständen Gefahr läuft, Politik *eindimensional* zu konzeptionalisieren und somit bestimmte strategische Herausforderungen und Möglichkeiten zu übersehen. Wenn Staatlichkeit als institutioneller Knotenpunkt einer spezifischen Form von Rationalität, der Generalverantwortung für die gesellschaftliche Reproduktion, gedacht wird, ist damit jedoch nur ein theoretischer Rahmen bestimmt. Dieser bleibt zumindest unvollständig, wenn die *Widersprüchlichkeit* der Logik des Politischen aus dem Blick gerät. Schließlich trägt auch diese falsche Allgemeinheit noch Züge gesellschaftlicher Allgemeinheit und spätestens in der Übergangsphase einer grundlegenden, emanzipatorischen Transformation der heutigen Gesellschaftsordnung stellt sich die Frage, wie diese organisiert werden kann. Nicht zuletzt, da auch der, an dieser Stelle, einschlägige Verweis auf rätedemokrati-

3 Beispielsweise, dass dieser Erfolg u.a. daran zu messen wäre, ob der Abbau des Sozialstaates wenigstens vom Abbau des Machtstaates und mithin „der Zulassung fälschungsfähiger Ausweise“ (Agnoli 2004: 192) begleitet wird. Man darf gespannt sein, ob das bei der nächsten (Rot-)Rot-Grünen Regierung klappt.

sche Strukturen *allein* – bisher zumindest – die demokratietheoretischen Probleme tatsächlich nicht zu lösen vermag (Demirović 2009). Daher scheint es mir richtig, den Verlauf kapitalistischer Akkumulation prozesstheoretisch ernst zu nehmen und folglich Politik und Ökonomie als *unterschiedliche Aggregatzustände* desselben Reproduktionsprozesses zu begreifen. Entscheidend ist hier aber, dass dessen spezifisch kapitalistische Widersprüchlichkeit dann ebenfalls die Logik des Politischen durchzieht und diese mithin nicht unbedingt mit dem staatlichen Gewaltmonopol und seinen Apparaten in eins fällt. Denn entgegen Demirović' Verkürzung der Postoneschen Widerspruchskonzeption, nach der diese nur aussage, „dass die Welt eine andere wäre, wenn sie anders wäre“, besteht ihr wesentlicher Punkt vielmehr darin, den Widerspruch nicht zwischen einer bestehenden Gesellschaftsstruktur oder gesellschaftlichen Gruppierung und einer anderen, sondern „*innerhalb* dieser Institutionen, Sphären und Prozesse“ zu verorten (Postone 2003: 456). Widersprüchlich ist im kapitalistischen Reproduktionsprozess dabei, dass dieser einerseits einen sich stetig beschleunigenden Prozess der historischen Konstitution von gesellschaftlichem Wissen und Erfahrung generiert, deren Realisierung im Zuge der kapitalistischen Reproduktion von Gesellschaft aber immer wieder durchgestrichen wird (vgl. auch Gorz 2009). In diesem Sinne wäre selbst bei der Analyse von Staatlichkeit nach diesem *überschüssigen Potential gesellschaftlichen Gebrauchswertes* zu suchen (Postone 2003: 556). Dieses kommt etwa in einigen Debatten über das bedingungsloses Grundeinkommen (Dahms 2005) oder mögliche Ansätze einer „Sozialwirtschaft“ (Müller 2010), aber auch in einer materialistischen Theorie des Rechts, die dessen diskursive Rationalität nicht dem staatlichen Garanten seiner Geltung subsumiert (Buckel 2007), zur Sprache. Nun geht es, bezogen auf das Problem der Realisierbarkeit solcher linken Transformationsstrategien, natürlich nicht zuletzt um die Veränderung sozialer Kräfteverhältnisse. Es scheint mir aber doch der berühmte, kleine Unterschied ums Ganze zu sein, ob die Akteure solcher Vorhaben den Staat zum Ergebnis kontingenter sozialer Auseinandersetzungen verklären und glauben, wenn die Kräfteverhältnisse denn mal wieder günstig stehen, die Logik des Politischen für ihre Zwecke einspannen zu können (vgl. Demirović 2007: 243). Oder ob sich radikalreformerische Ansätze im Gegenteil über die strukturelle Verwiesenheit des Staates auf die historische Rationalisierungsdynamik des Kapitalismus im Klaren sind, sie dementsprechend die Initialisierung einer alternativen Logik gesellschaftlicher Reproduktion anvisieren und, mit Agnoli Worten, eine strategische *Desintegration des Staates* sowie die schrittweise Schaffung „autonomer Sphären der Gesellschaft“ betreiben (Agnoli 1998: 198, 202).⁴ Denn, wie schon die lange Reihe historischer Versuche eines emanzipatorischen Gebrauchs des Staates zeigt, scheitern diese regelmäßig an den Im-

4 Autonom ist bei Agnoli explizit nicht im (sub-)kulturellen Sinne gemeint (Agnoli 1998: 204).

perativen von Wettbewerbsfähigkeit und Staatenkonkurrenz (Ums Ganze 2009). Als aktuelle Beispiele wären hier die jüngst mit dem Verweis auf die „zu niedrige Produktivität“ eingeleiteten neoliberalen Reformen des kubanischen Sozialismus, die imperiale Außenpolitik Chinas oder die vielleicht geostrategisch sinnvolle, gemessen am emanzipatorischen Anspruch gleichwohl katastrophale Solidarität der lateinamerikanischen „Sozialismen des 21. Jahrhunderts“ mit dem iranischen Regime zu nennen. Mit den Worten des, eines naiven Radikalismus sicherlich unverdächtigen, Sozialdemokraten J. Magnus Ryner: „There is *something* in the 'institutional materiality' in the social division between the economy and the state in capitalism that generates these effects. Insofar as counter-hegemony also implies an engagement with regulation through the state, critical analysis and alternative policy making has to be conscious of (...) the hegemonic tendencies that seem inherent in the form of capitalist public authority“ (Ryner 2002: 191, Hervh. J.S.). Die Einschätzung dieses ‚something‘ hat unmittelbare Folgen für die Frage, ob eine linke Strategie langfristig auf eine bessere politische Regulation oder deren *schrittweise Desintegration* und *Ersetzung* durch alternative, institutionelle Formen gesellschaftlicher Reproduktion zielen soll. Anders formuliert: „Die Alternativen müssen sich überlegen: Ist es ihre Aufgabe, diesen Ablösungsprozess von der jetzt bestehenden Gesellschaft voranzutreiben oder ist es ihre Aufgabe, mitzuarbeiten an der Lösung gesellschaftlicher Krisen? Haben sie die gesellschaftliche Krise auf die Spitze zu treiben oder haben sie sie zusammen mit dem Staat zu lösen und zu verwalten?“ (Agnoli 1998: 192).

Kapitalistische Reproduktion durch historische Transformation

Was die Frage nach dem *Grund der historischen Dynamik des Kapitalismus* angeht, scheint mir Demirović‘ spannendster Einwand zu sein, dass der Vorschlag, die kapitalistische Reproduktion von Gesellschaft als eine systemische und zugleich historisch-dynamische Form gesellschaftlicher Unfreiheit zu denken, auf die bloß „willkürliche Einführung von Spontaneität“ hinauslaufen müsse. Man könnte die Kritik auch so lesen, dass die von mir skizzierte Analyse die kapitalistische Gesellschaft in zwei Teile zerlegen würde: Einerseits der systemische Reproduktionsprozess, dessen praktischer Vollzug immer schon theoretisch vorweg genommen wird, und andererseits die plötzlichen, nicht erklärbaren Ausbrüche freier Handlungen. Auch hier liegt allerdings ein Missverständnis vor. Zwar hat Demirović mit seiner Feststellung recht, dass die kapitalistische Ökonomie und ihre Attribute wie die Existenz freier LohnarbeiterInnen, der Wert einer Ware und die Produktion von Raum, stets durch soziale Kämpfe vermittelt sind (vgl. auch Holloway 2002: 109). Nur hatte ich das gar nicht bestritten. Die Frage ist nicht, ob Menschen handeln, soziale Kämpfe stattfinden und sich Kräfteverhältnisse verändern, sondern wie und warum

sie es tun und welche Bedeutung dem zukommt.⁵ In diesem Sinne legen Postone und Agnoli die Interpretation nahe (vgl. Agnoli 1998: 258; Postone 2004: 192), dass die verschiedenen Aggregatzustände des kapitalistischen Reproduktionsprozesses in dessen Verlauf *wechselseitig* jene bereichsspezifischen Handlungsrationaltäten von Ökonomie und Politik verstärken, die wiederum den Akteuren aufgrund einer entsprechenden institutionellen Struktur bestimmte Handlungs- und Denkmuster nahelegen. Damit wird auch eine Kritik der *defizitären klassentheoretischen Bestimmung des Kapitalismus* von Demirović formuliert, da der Gesamtprozess des Kapitals eben nicht allein im Akt der Mehrwertabpressung besteht, sondern – ist die Verwertung des Werts einmal als Modus gesamtgesellschaftlicher Reproduktion historisch durchgesetzt – in der gegenseitigen, existentiellen Verwiesenheit der gesellschaftlichen Teilbereiche aufeinander (Agnoli 1998: 108). Denn der Kapitalismus reproduziert, in dem er die miteinander verschränkten und gleichwohl widersprüchlichen Interessen von Lohnarbeit und Kapital, Politik und Ökonomie sowie die entsprechenden Möglichkeitsräume zur Interessenartikulation hierarchisiert und konstituiert, zugleich die Ressourcen der Akteure (Metzger 2011). Die Interessenskonflikte gehen dem kapitalistischen Funktionszusammenhang mithin nicht voraus, sondern erhalten von und in ihm erst ihre Dynamik (Postone 2003: 460). Insofern konstituiert der kapitalistische Modus gesellschaftlicher Reproduktion, da er aufgrund seiner widersprüchlichen Struktur nicht als statischer Kreislauf, sondern nur als prozessierender Widerspruch existieren kann, auch Freiheit in einem *doppelten Sinne*: Zum einen als die „freie“ Wahl zwischen unterschiedlichen Adaptionenvarianten an den jeweiligen, historischen Stand gesellschaftlicher Rationalisierung. Das heißt die Menschen „machen“ selbst hier ihre Geschichte, „wegen des entfremdeten Charakters dieser Formen entzieht sich die von ihnen konstituierte Geschichte jedoch ihrer Kontrolle“ (Postone 2003: 444). Dabei handelt es sich nicht, wie es Demirović andeutet, um ein bloßes Macht- und Koordinationsproblem zwischen den Akteuren, sondern vielmehr darum, dass auf der Linie kapitalistischer Entwicklung der Zwang zur Rationalisierung und Produktivitätssteigerung nicht grundsätzlich zur Wahl stehen kann (Agnoli 1998: 219).⁶ Zum anderen wird Freiheit aber konstituiert in Form des *historisch zunehmenden, gesellschaftli-*

5 Der Zweck einer kritischen Theorie des Kapitalismus liegt schließlich nicht in der Abbildung der sozialen Welt im Maßstab 1:1, sondern in der Identifikation historisch-spezifischer, d.h. hier vor allem struktureller, Merkmale: „Die Theorie [tut] ihren vollen Dienst, wenn sie uns die Tendenz der Entwicklung zeigt, den logischen Schlußpunkt, auf den sie objektiv hinsteuert. Dieser selbst kann so wenig erreicht werden wie irgendeine frühere Periode der geschichtlichen Entwicklung bis zu ihrer letzten Konsequenz sich abwickeln konnte“ (Luxemburg 1990: 520)

6 Das Kapital ist insofern wirklich „die Struktur der Geschichte der modernen Gesellschaft“ (Postone 2003: 527) und politische Ungleichzeitigkeiten stellen kein „Außen“, sondern vielmehr einen Bestandteil dieser historischen Dynamik dar.

chen Wissens (d. h. der kollektiven technischen, sozialwissenschaftlichen, etc. Kenntnisse) über die *bestimmte Möglichkeit* einer anderen Form gesellschaftlicher Reproduktion. Diese Form historischer akkumulierter Freiheits- und Autonomiepotentiale durchzieht ebenso die Institutionen kapitalistischer Ökonomie und Politik. Antikapitalistische Praxis fällt also nicht vom Himmel, lässt sich im Bestehenden aber weder direkt umsetzen, noch lassen sich ihre institutionellen Formen heute einfach antizipieren: Sie müssen experimentell gefunden und ausprobiert werden. In jedem Fall kann das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen somit als eine „Dialektik zweier Kapitaldimensionen – statt einer von Kapital einerseits und Potenzen andererseits, die ihm äußerlich wären“ (ebd.: 527) – gefasst werden.⁷

Mit der Feststellung, dass sowohl die relative Kontingenz politischer Regulation wie auch die Realisierungschancen sozialer Kämpfe im Kapitalismus zugleich von der historischen Rationalisierungsdynamik des Akkumulationsprozesses *konstituiert und begrenzt* werden, muss dabei weder einer apokalyptischen Endzeitstimmung (Kurz 1994) noch einer autosuggestiven Euphorie (Negri 2004) das Wort geredet werden. Beides würde wahrscheinlich sowohl die menschliche Leidensfähigkeit als auch die systemische Kreativität des Kapitalismus unterschätzen. Vielmehr stellt diese Perspektive eine mögliche, gesellschaftstheoretisch fundierte Begründung dessen dar, was Adorno einmal als die „wachsende organische Zusammensetzung des Menschen“ bezeichnet hat und was in aktuellen soziologischen Untersuchungen als Trend zur „Landnahme, Aktivierung und Beschleunigung“ (Dörre et al.: 2010) gefasst wird. Demirović‘ eher klassen- als praxistheoretischer Ansatz hätte, da er ja nicht transhistorisch verstanden werden will, demgegenüber genauer zu erklären, was (politische) Freiheit *im Kapitalismus* eigentlich bedeutet. Könnte z. B. das Wertgesetz – samt der ihm inhärenten Krisentendenzen, die Demirović ja ausdrücklich anerkennt – im Kapitalismus durch politische Regulierung zu einem ganz anderen werden? Oder, noch allgemeiner: Ist Kapitalismus das, was wir draus machen?

Literatur

- Agnoli, Johannes (1995): *Der Staat des Kapitals*, Freiburg.
 – (1997): *Faschismus ohne Revision*, Freiburg.
 – (1998): *68 und die Folgen*, Freiburg.
 – (1999): *Subversive Theorie. „Die Sache selbst“ und ihre Geschichte*, Freiburg.
 – (2003): Die Verhärtung der politischen Form, in: Grigat, Stephan (2003): *Die Transformation des Postnazismus*, Freiburg.
 – (2004): *Die Transformation der Demokratie*, Hamburg.
 Buckel, Sonja (2007): *Subjektivierung und Kohäsion – Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts*, Weilerswist.

7 Hierin liegt zudem der Unterschied zu Althusser's strukturalistischem Reproduktionsschema.

- Burgmer, Christoph (2002): *Das negative Potential: Gespräche mit Johannes Agnoli*, Freiburg.
- Dahms, Harry F. (2005): *Globalization or Hyper-Alienation? Critiques of traditional Marxism as arguments for Basic Income*, in: Lehmann, Jennifer (2005): *Social theory as politics in knowledge*, Amsterdam.
- Demirović, Alex (2007): *Nicos Poulantzas - Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie*, Münster.
- (2009): Rätedemokratie und das Ende der Politik, in *PROKLA 155*.
- (2011): Kritische Staatstheorie in emanzipatorischer Absicht, in *PROKLA 161*.
- Dörre, Klaus; Lessenich, Stephan; Rosa, Hartmut (2010): *Soziologie - Kapitalismus - Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt/M.
- Gorz, André (2009): *Auswege aus dem Kapitalismus*, Zürich
- Kurz, Robert (1994): *Der Kollaps der Modernisierung*, Leipzig.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie*, Hamburg.
- Holloway, John (2002): *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, Münster.
- Luxemburg, Rosa (1990): *Gesammelte Werke. Band 5*, Berlin.
- Metzger, Philipp (2011): *Die Werttheorie des Postoperaismus. Darstellung, Kritik und Annäherung*, Marburg.
- Müller, Horst (2010): *Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation*, Norderstedt.
- Negri, Antonio (2004): *Multitude, Krieg und Demokratie im Empire*, Frankfurt.
- Nyikos, Emmerich (2010): *Das Kapital als Prozess - Zur geschichtlichen Tendenz des Kapitalsystems*, Frankfurt/M.
- Offe, Claus (2006): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt.
- Postone, Moishe (2003): *Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft*, Freiburg.
- (2004): Critique, state, and economy, in: Rush, Fred (2004): *The Cambridge Companion to Critical Theory*, Cambridge.
- Ryner, Johan Magnus (2002): *Capitalist restructuring, Globalization and the Third Way - Lessons from the Swedish model*, London.
- Schlemmeyer, Jan (2010): *Kritik der Politik als Politikwissenschaft*, in: *PROKLA 160*.
- Siegel, Tilla (1999): Rationalisierung im gesellschaftlichen Umbruch, in: Wolfgang Glatzer (Hg.), *Ansichten der Gesellschaft*, Opladen.
- Ums Ganze (2009): *Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit*, Eigendruck im Selbstverlag.